

Antrag

**der Abgeordneten Maria Eichhorn, Bärbel Sothmann, Renate Diemers und
der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger und der Fraktion der F.D.P.**

Gleichberechtigung verwirklichen – Nationale Strategien nach der Vierten Weltfrauenkonferenz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die auf der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking beschlossene Aktionsplattform verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland, Maßnahmen zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen umzusetzen.

Durch Artikel 3 Grundgesetz, durch das Zweite Gleichberechtigungsgesetz sowie durch die vielfältigen gesetzlichen Einzelregelungen, die auf Bundesebene, auf der Ebene der Länder und Kommunen sowie der Europäischen Gemeinschaft erlassen wurden, sind eindeutige und umfassende rechtliche Maßstäbe zur Umsetzung der Chancengleichheit geschaffen worden. Darüber hinaus verfügt Deutschland – auch im internationalen Vergleich – über ein dichtes Netz von Institutionen zur Förderung und Durchsetzung der Gleichberechtigung.

Trotzdem ist es bisher nicht gelungen, die tatsächliche Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Fortschritte werden mit der Einforderung von weiteren Gesetzen und Diskriminierungsverboten allein nicht erzielt werden können. Vielmehr müssen alle gesellschaftlichen Kräfte in ihren Verantwortungsbereichen stärker als bisher dafür Sorge tragen, daß der Erfahrungshorizont, das Qualifikationspotential und die Lebensbezüge von Frauen in alle Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Gleichberechtigungspolitik, die nicht isoliert als Frauenpolitik, sondern als gesellschaftspolitische Aufgabe im umfassenden Sinne verstanden wird, muß eng mit anderen Politikfeldern vernetzt sein. Dieser Maßstab gilt ganz besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist derzeit die größte politische Herausforderung. Frauen werden nach wie vor am Ar-

beitsmarkt benachteiligt. Gerade in den neuen Bundesländern sind sie immer noch überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Aktive Arbeitsmarktpolitik für Frauen schließt die gezielte Arbeitsförderung unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Sie muß ebenfalls die Schaffung neuer Beschäftigungsfelder berücksichtigen.

Neben der Politik sind insbesondere die Arbeitgeber und Gewerkschaften gefordert, die Chancengleichheit in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Frauen in beruflichen Führungspositionen sind nach wie vor in der Minderheit. Gleiche, bisweilen höherwertige Bildungsabschlüsse von Frauen führen nicht zu gleichartigen Karriereverläufen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten für Männer und Frauen muß als wichtige Rahmenbedingung für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbessert werden. Ein größeres Angebot an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen ist erforderlich. Teilzeitarbeit ist, abgesehen von dem verminderten Einkommen, der Vollerwerbstätigkeit gleichzustellen. Bei Teilzeitbeschäftigung müssen Höherqualifizierung und Aufstieg möglich sein. Teilzeit ist auch in Leitungsfunktionen anzubieten.

- II. Der Deutsche Bundestag begrüßt die von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegten Nationalen Strategien zur Umsetzung der Ergebnisse der Vierten Weltfrauenkonferenz. Sie bilden einen wichtigen Handlungsrahmen für die Gleichberechtigungspolitik auf allen Ebenen der Gesellschaft in den kommenden Jahren. Gleichzeitig verdeutlichen sie, daß umfassende Maßnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit in den verschiedensten Lebensbereichen umgesetzt oder auf den Weg gebracht wurden.

Schwerpunkte der zukünftigen politischen Arbeit in Deutschland werden die Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die stärkere Teilhabe von Frauen an Entscheidungspositionen sowie die Maßnahmen zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sein.

Die Nationalen Strategien sind das Ergebnis eines intensiven Beratungsprozesses, der im März 1996 mit der Nationalen Nachbereitungskonferenz begonnen hat und in den auch die Bundesländer, Nichtregierungsorganisationen und zentrale gesellschaftliche Gruppen einbezogen waren.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- darauf hinzuwirken, daß die bestehenden Instrumente und rechtlichen Grundlagen für die Partizipation von Frauen an Führungspositionen und zur Frauenförderung in der Bundesverwaltung gezielter angewendet werden,
- konkrete Vorstellungen zu entwickeln, wie geschlechtsspezifische Ansätze in die Vorhaben- und Arbeitsplanung der Bundesverwaltung einbezogen werden können,
- die vorhandenen Netzwerke auf nationaler wie europäischer Ebene zur beruflichen Bildung und Weiterbildung

von Frauen sowie zur Schaffung neuer Berufsbilder für Frauen weiterzuentwickeln,

- darauf hinzuwirken, daß die im Wissenschaftsbereich vorhandenen Ansätze zur Frauenförderung genutzt werden, um eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in Forschung und Lehre zu erreichen,
- sich dafür einzusetzen, daß eine stärkere Verknüpfung von allgemeiner Wirtschaftsförderung und Frauenförderung gerade im Hinblick auf Existenzgründungen erfolgt, daß das Beratungsangebot für Existenzgründerinnen verbessert wird und über eine Vernetzung von Beratungsstellen in diesem Bereich ein wirkungsvoller Informations- und Erfahrungsaustausch stattfindet,
- in enger Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern und Innungen darauf hinzuwirken, daß mehr Frauen die Meisterprüfung ablegen, um sich als Ausbilderinnen zu qualifizieren oder sich selbständig zu machen,
- dafür zu sorgen, daß die im Arbeitsförderungsreformgesetz verankerte Regelung, Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen zu fördern, sowie die Maßnahmen zur Frauenförderung und zu ihrer Eingliederung in das Erwerbsleben von den Arbeitsverwaltungen konsequent umgesetzt werden,
- im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch Vernetzungen verschiedener Verantwortungsträger Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen,
- zur Verbesserung der Berufschancen die Initiativen zur Untersuchung der Gleichberechtigung von jungen Frauen und Männern in der Berufsausbildung weiterzuführen,
- die Untersuchung zum Berufswahlverhalten, die Maßnahmen zur Erweiterung des Berufsspektrums für Mädchen und Frauen intensiv fortzusetzen, sowie Lösungsansätze zu erarbeiten, über die Zugangshemmnisse für Frauen in bisher männerdominierten Berufsbereichen abgebaut werden,
- im Rahmen ihrer Kompetenzen die Wirtschaft weiterhin darin zu unterstützen, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung und der Arbeitsabläufe zu verbessern; hierzu zählt auch das Kinderbetreuungsangebot in betrieblichen und betriebsnahen Kindergärten,
- ein bundeseinheitliches Verfahren zur Prämierung von Unternehmen, die wegen besonderer Personal- und Managementstrategien die Chancengleichheit auf allen Ebenen des Betriebes sichern und besondere frauen- und familienpolitische Belange berücksichtigen, zu erarbeiten,

- unter Berücksichtigung der veränderten Lebensentwürfe für ein partnerschaftliches Miteinander auf allen gesellschaftlichen Ebenen und in der Familie einzutreten,
- Initiativen zu entwickeln, die dazu beitragen, daß Kinder und Jugendliche gesellschaftlich gewachsene traditionelle Rollenmuster überwinden,
- bei der anstehenden Fortentwicklung der Rentenversicherung die Alterssicherung von Frauen insbesondere dadurch zu verbessern, daß Leistungen für die Kindererziehung unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts stärker anerkannt werden,
- sich weiterhin für die Verankerung des Gleichberechtigungsgrundsatzes bei der Revision der Maastrichter Verträge einzusetzen sowie die europäische und internationale Kooperation in Gleichberechtigungsfragen zu intensivieren,
- zum Schutz von Frauen vor Gewalt die Zusammenarbeit der unterschiedlichen nationalen Handlungsträger zu verstärken und die internationale Zusammenarbeit gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Frauen zu intensivieren,
- auf internationaler Ebene weiterhin entschieden für die Wahrung der Menschenrechte von Frauen einzutreten,
- die Nationalen Strategien zu gegebener Zeit fortzuschreiben.

Bonn, den 25. Februar 1997

Maria Eichhorn

Bärbel Sothmann

Renate Diemers

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion